

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst**  
**am 14.01.2016**

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier

Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)

Herr Klaus-Dieter Hoffmann

Herr Simon Lange

Herr Günter Möller

Herr Werner Thole - Vors. / RM

Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth

Herr Nesrettin Akay - Vors.

Frau Ursula Fecke

Frau Melanie Grbeva

Herr Patrick Mayregger

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen

- Vors.

Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

Herr Sven Frischemeier (SPD) - öffentliche Sitzung -

Gast

Herr Georg

Dolphin Trust GmbH

(zu TOP 6)

Von der Verwaltung

Herr Moss

Beigeordneter Dezernat 4

(zu TOP 6 und 7)

Frau Sißmann

Bauamt

(zu TOP 1, 6 und 7)

Herr Hagedorn

Bauamt

(zu TOP 6)

Herr Skarabis

Bezirksamt Heepen

Herr Lötzke

Bezirksamt Heepen

Herr Steinmeier

Bezirksamt Heepen

(Schriftführer)

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

### **Zu Punkt 1**      **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst**

Ein Anwohner der Schliemannstraße bezieht sich auf den im April 2014 gefassten Aufstellungsbeschluss zur Erst- und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/4/61.00 „Wohnen an der Schliemannstraße“ und hinterfragt den Verfahrensstand.

Frau Sißmann (Bauamt) macht darauf aufmerksam, dass die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ vorrangig habe bearbeitet werden müssen.

Die „Bauplanung Schliemannstraße“ befinde sich ebenfalls in Vorbereitung und könne bald im nächsten Verfahrensschritt präsentiert werden.

Ein Bürger informiert über Gefährdungssituationen im Bereich der ÖPNV-Haltestelle „Am Alten Dreisch“ am Lipper Hellweg.

Die Haltestelle befinde sich an einer Querungshilfe, so dass haltende Busse eigentlich nicht überholt werden könnten.

Dies erfolge aber dennoch regelmäßig dadurch, dass Pkw die Querungshilfe links über die Gegenfahrbahn passieren würden.

Dies seien Gefährdungssituationen insbesondere für querende Fußgänger.

Herr Skarabis sagt eine Prüfung durch das Amt für Verkehr zu.

Herr Heinrich Bax möchte wissen, ob sich die Bezirksvertretung für die in der Sporthalle der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule untergebrachten Flüchtlinge engagieren werde. Zur nächsten Sitzung am 18.02.2016 regt er hierzu einen Tagesordnungspunkt an.

Bezirksbürgermeister Schäffer teilt mit, dass er die Institutionen im Stadtbezirk kurzfristig zu einem Meinungsaustausch einladen werde. Ziel sei die Förderung des ehrenamtlichen Engagements.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. –

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 1 \*

-.-.-

**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 13. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 19.11.2015**

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 19.11.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 2 \*

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**I. Schriftliche Mitteilungen**

**3.1**                **Altdeponie Christophorusstraße**

Der Bezirksvertretung Stieghorst wurde am 19.11.2015 zu Tagesordnungspunkt 9 das Konzept zur naturnahen Entwicklung des Forellenbaches vorgestellt.

In diesem Zusammenhang sind Fragen zur Untersuchung und Sicherung der Altdeponie 27 Christophorusstraße gestellt worden.

Das Umweltamt hat hierzu am 30.11.2015 eine Information verfasst, die den Mitteilungen als Anlage beigelegt ist.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.2

#### **An den Gehren / Am Alten Dreisch - Änderung von „Spielstraße“ in „Tempo 30-Zone“-**

Die Bezirksvertretung Stieghorst hat in ihrer Sitzung am 19.11.2015 zu Tagesordnungspunkt 5.3 mit Mehrheit beschlossen, die Regelungen „Spielstraße“ für die Straßen An den Gehren und Am Alten Dreisch durch „Tempo 30-Zonen“ zu ersetzen.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses hat die Straßenverkehrsbehörde am 09.12.2015 die erforderlichen Maßnahmen gemäß § 45 Abs. 3 StVO angeordnet.

Diese verkehrsrechtlichen Anordnungen nebst Beschilderungsplan sind den Mitteilungen als Anlagen beigefügt.

*SPD-Fraktionsvorsitzender Akay spricht der Verwaltung seinen Dank für die schnelle Umsetzung des Beschlusses vom 19.11.2015 aus.*

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.3

#### **Festlegung der Prioritäten 2016 ff für Rad- und Gehwege (BV Stieghorst, 30.04.2015, TOP 9)**

Die Bezirksvertretung hat am 30.04.2015 zu TOP 9 beschlossen:

„Der Nahmobilitätsbeauftragte wird um Erläuterung der bisher nicht priorisierten Radverkehrsplanungen, insbesondere hinsichtlich Realisier- und Finanzierbarkeit, gebeten. Zur Bodelschwinghstraße sind ergänzend die Positionen der Bezirksvertretungen Brackwede und Gadderbaum darzulegen.“

Die hierzu ergangene Stellungnahme des Amtes für Verkehr ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.4

#### **Freigabe von Fußwegen für Radfahrer (BV Stieghorst, 19.02.2015, TOP 6)**

Im Rahmen der Beratung der Radwegeplanung für den Stadtbezirk Stieghorst zu Punkt 6 der Sitzung am 19.02.2015 wurde angeregt,

- den Fußweg von der Straße Auf der Sülte zur Grundschule Hillegossen und
- die Zuwegungen zur Fußgängerbrücke über die Lagesche Straße

mit dem Zusatz „Radfahrer frei“ zu beschildern.

Gemeinsam mit der Polizei hat die Straßenverkehrsbehörde diese Anregungen geprüft und die Ergebnisse in einer Stellungnahme zusammengefasst, die den Mitteilungen (inkl. einer verkehrsrechtlichen Anordnung) beigefügt ist.

*Mitglied Mayregger (SPD-Fraktion) verweist auf die Zuwegung von der Kreuzung Detmolder Straße / Lagesche Straße / Breslauer Straße zur Fußgängerbrücke über die Lagesche Straße, die nach Feststellung der Straßenverkehrsbehörde für Radfahrer nicht freigegeben werden könne.*

*Die Ablehnungsbegründung sei nicht stichhaltig.*

*Für Radfahrer sei diese Zuwegung äußerst sinnvoll.*

*Die Verwaltung werde um nochmalige Prüfung und Freigabe auch dieses Gehweges für Radfahrer gebeten.*

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.5

#### **Pflasterung im Einmündungsbereich Lipper Hellweg / Oerlinghauser Straße (BV Stieghorst, 19.11.2015, TOP 4.2)**

Zu der Frage nach dem verkehrsrechtlichen Status der gepflasterten Fläche hat die Straßenverkehrsbehörde eine Stellungnahme verfasst, die den Mitteilungen als Anlage beigefügt ist.

*Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) verweist auf die Feststellung der Straßenverkehrsbehörde, wonach sich der verkehrliche Status als Fahrbahn durch den Umbau nicht geändert habe.*

*Außerdem werde festgestellt, dass bei Umbau der Oerlinghauser Straße auch der Knoten Lipper Hellweg überplant und die Einmündung sowie die Radverkehrsführung entsprechend berücksichtigt werde.*

*Die Tatsache, dass für dieses ungeeignete Provisorium 9.000 Euro „verpulvert“ worden seien, könne nur als Schildbürgerstreich und Skandal bewertet werden.*

*Außerdem sei die gepflasterte Fläche bei Nässe für Radfahrer äußerst gefährlich.*

*Eine „Pinsellösung“ wäre sinnvoller und preiswerter gewesen.*

*Herr Skarabis macht darauf aufmerksam, dass die Fläche von z. B. Linienbussen überfahrbar bleiben müsse. Eine durchgezogene Linie hätte hierzu verkehrsrechtlich im Widerspruch gestanden.*

*Bezirksbürgermeister Schäffer bestätigt, dass nach Aussage des Amtes für Verkehr eine durchgezogene Markierung rechtlich nicht möglich sei.*

*Mitglied Hoffmann entgegnet diesen Ausführungen mit dem Hinweis, dass eine gestrichelte Linie zulässig gewesen und den gewünschten Effekt ebenfalls erzielt hätte.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.6

#### **Fußweg zwischen Oerlinghauser Straße und Selhausenstraße 137 (BV Stieghorst, 19.11.2015, TOP 1)**

In der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung am 19.11.2015 hat eine Bürgerin unter Hinweis auf einen Verkehrsunfall geeignete Sicherungsmaßnahmen (z.B. Tempo 30) für den Fußweg von der Oerlinghauser Straße entlang der Stützmauer an der Selhausenstraße bis etwa Haus Nr. 137 angeregt.

Die Straßenverkehrsbehörde hat nach erfolgter Prüfung eine Stellungnahme verfasst, die den Mitteilungen als Anlage beigefügt ist.

Mit dieser Stellungnahme wird auch auf eine Mitteilung des Amtes für Verkehr vom 28.06.2011 verwiesen, die als Anlage zusätzlich nochmals beigefügt ist.

Die seinerzeit von der Verwaltung vorgeschlagene Aufnahme in die Prioritätenliste ist mit Beschluss der Bezirksvertretung vom 26.04.2012 (TOP 7) an Rangstelle 5 der priorisierten Rad- und Gehwege erfolgt.

Mit Beschluss vom 06.06.2013 (TOP 8) wurde dieser Gehwegausbau auf die bezirkliche Rangstelle 3 angehoben.

Da Rad- und Gehwege aus Kostengründen immer nur im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen realisiert werden können, wurde im Rahmen der Tiefbaupriorisierungen 2016 ff mit Beschluss vom 30.04.2015 (TOP 9) auf die Festlegung einer Rangstelle verzichtet und die Maßnahme nur noch nachrichtlich aufgeführt.

*Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) kritisiert die Begründung für die ablehnende Haltung der Straßenverkehrsbehörde.*

*Durch Tempo 30 in diesem Bereich könne jedes Unfallrisiko verringert werden.*

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.7

#### **Stellungnahme der moBiel GmbH zu Radverkehrsanlagen an der Stieghorster Straße (BV Stieghorst, 19.11.2015, TOP 5.1)**

---

Gemäß Beschluss der Bezirksvertretung vom 19.11.2015 ist die Stellungnahme der moBiel GmbH vom 15.09.2015 zu Radverkehrsanlagen an der Stieghorster Straße zw. Detmolder und Reichenberger Straße den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

Außerdem beigefügt ist eine hierzu ergänzend ergangene Mitteilung des Amtes für Verkehr vom 07.12.2015.

*CDU-Fraktionsvorsitzender Thole verweist auf die Anforderungen der moBiel GmbH an Radverkehrsanlagen an der Stieghorster Straße zur Vermeidung von Konfliktsituationen mit dem Busverkehr.*

*Insbesondere die Mehrheitsfraktionen müssten sich die Frage stellen, ob die Beschlussfassung vom 24.09.2015 im Hinblick auf eine Gefährdung der Verkehrssicherheit auf der Stieghorster Straße richtig gewesen sei.*

*Nach Ansicht der CDU-Fraktion sollte die Maßnahme nochmals überprüft werden.*

*Er bittet die Mehrheitsfraktionen um Zustimmung zu einem Meinungsaustausch mit der moBiel GmbH.*

*SPD-Fraktionsvorsitzender Akay sieht in der Stellungnahme der moBiel GmbH keine gravierenden Widersprüche zur beschlossenen Radverkehrsplanung und sieht kein Erfordernis für eine nochmalige Thematisierung.*

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -



\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.8 **Klassenbesetzungsübersicht für das Schuljahr 2015/2016**

Die auszugsweise für den Stadtbezirk Stieghorst zusammengestellte Klassenbesetzungsübersicht für das Schuljahr 2015/2016 ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

## **II. Mündliche Mitteilungen**

### 3.9 **Regenwasserkanal Flensburger Straße**

Herr Skarabis informiert über die Absicht des Umweltbetriebes, in diesem Jahr den Regenwasserkanal in der Flensburger Straße zwischen Baderbach (im Grünzug) und Stadtbahntrasse aufgrund von Kanalschäden auszuwechseln. Im Zuge der Kanalverlegung müssten hierfür eine Eiche auf der vorhandenen Kanaltrasse und eine direkt daneben stehende Esche entfernt werden. Für die Bäume seien Neuanpflanzungen in der Nähe des heutigen Standortes der Eiche - jedoch außerhalb der Kanaltrasse - vorgesehen. Aufgrund der „Vogelbrutzeit“ müssten die Bäume bereits im Februar 2016 gefällt werden. Der Kanalbau folge im Frühjahr 2016.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.10 **Vorstellung der Ausbauplanung der Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und OD-Grenze**

Herr Skarabis verweist auf die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilte

Stellungnahme des Amtes für Verkehr zum Beschluss der Bezirksvertretung vom 19.11.2015.

Danach sollen der Planungsauftrag für die Grundlagenermittlung und die Vorplanung nach der Unterrichtung des Stadtentwicklungsausschusses am 02.02.2016 an ein externes Büro vergeben werden.

Das Amt für Verkehr gehe davon aus, dass der Bezirksvertretung Stieghorst in der Sitzung vor der Sommerpause (09.06.2016) erste Vorplanungsergebnisse vorgestellt werden können.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### **3.11 Veränderte Rechtslage zur Bestellung der Schulleiterin/des Schulleiters**

Herr Skarabis verweist auf die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilte Mitteilung des Amtes für Schule zur veränderten Rechtslage zur Bestellung der Schulleiterin/des Schulleiters.

Eine Beschlussvorlage mit einem neuen Verfahrensvorschlag werde demnächst vorgelegt.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### **3.12 Parksituation „Am Alten Dreisch“**

Herr Skarabis bezieht sich auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung am 19.11.2015 mit der ergänzenden Frage von CDU-Fraktionsvorsitzendem Thole nach der Anzahl der Beschwerdeführer über die Parksituation Am Alten Dreisch.

Hierzu teilt er mit, dass sich bei der Verkehrsüberwachung des Ordnungsamtes in 2015 mindestens 4 Personen beschwert hätten. Weitere ca. 15 Beschwerden wegen zu wenigen Parkflächen habe die Straßenverkehrsbehörde entgegen genommen.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.13

#### **Radverkehrsführung Detmolder Straße zwischen Lagesche Straße und Pyrmonter Straße**

Herr Skarabis bezieht sich auf die Mitteilung zu Punkt 3.3 der Sitzung der Bezirksvertretung am 19.11.2015.

Das Amt für Verkehr habe inzwischen mitgeteilt, dass ein Ingenieurbüro mit der Radverkehrsplanung und der einleitenden Durchführung eines Workshops beauftragt worden sei, in dem verschiedene Interessengruppen (Bürger/-innen, Einzelhandel, Interessenverbände, moBiel, Schulen, Senioreneinrichtungen, Polizei, Politik und Verwaltung) mitarbeiten sollen, um für eine geplante Fahrbahndeckensanierung Lösungsmöglichkeiten für punktuelle Verbesserungen des Straßenquerschnitts zu erarbeiten.

Voraussichtlich werde diese Veranstaltung am 26.02.2016 in der Grundschule Ubbedissen stattfinden.

In diesem Planungsstadium könnten sich die Mitglieder der Bezirksvertretung als Bürgerinnen und Bürger einbringen, hätten aber noch keine Funktion als Beschlussorgan.

Nach dem Workshop werde das Büro die Planung ausarbeiten, die in einem weiteren Workshop vorgestellt werden solle.

Anschließend werde das Amt für Verkehr die Ergebnisse in einer Beschlussvorlage für die Bezirksvertretung und den Stadtentwicklungsausschuss vorlegen.

Die Entscheidung der Bezirksvertretung solle in der Sitzung am 09.06.2016 getroffen werden.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. –

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

-.-.-

### 3.14

#### **Neue Öffnungszeiten der Filiale Hillegossen des Bürgeramtes**

Herr Skarabis bezieht sich auf den Sachstandsbericht zur Haushaltskonsolidierung im Bürgeramt in der Sitzung der Bezirksvertretung am 19.11.2015.

Der Oberbürgermeister habe mit Organisationsverfügung entschieden, dass die Filiale Hillegossen des Bürgeramtes seit dem 04.01.2016 nur noch am Montag und Mittwoch, jeweils von 9.00 bis 12.00 Uhr, geöffnet wird.

Diese Information sei den Mitgliedern vorab per E-Mail bereits am 22.12.2015 übermittelt worden.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 3 \*

---

#### **Zu Punkt 4 Anfragen**

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 4 \*

---

#### **Zu Punkt 5 Anträge**

Anträge der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 5 \*

---

#### **Zu Punkt 6 Wohnpark Greifswalder Straße - Vorstellung der Konzeption -**

Herr Beigeordneter Moss (Dezernat 4) berichtet, dass bezahlbarer Wohnraum in Bielefeld akut fehle.

Zur Deckung des quantitativ hohen Bedarfs müsse u. a. der Neubau von öffentlich gefördertem Wohnraum (Sozialwohnungen) forciert werden.

Der neue Projektentwickler für den Wohnpark Greifswalder Straße plane die Bebauung dieser Fläche mit rd. 280 Wohneinheiten in mehreren Gebäuden mit unterschiedlicher Geschoszahl.

Mittels Beamer-Präsentation erläutert Herr Moss sodann das Plankonzept.

Entlang der Greifswalder Straße sollen 5 Baukörper in versetzter Anordnung mit 4 Geschossen zuzüglich Staffelgeschoss entstehen.

Für diese Gebäudeflucht würden frei finanzierte Miet- oder

Eigentumswohnungen geplant.

Ab der 2. Baureihe würden die Baukörper auf 3 bzw. 2 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss herabgezont.

In das Wohngebiet solle eine Straße mit Erschließungsfunktion geführt werden. Außerdem werde für alle Baukörper und Wohneinheiten eine Tiefgarage errichtet.

Von den ab der 2. Baureihe entstehenden Wohneinheiten solle ein Anteil von 25 % mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Voraussetzung für die Nutzung dieser künftigen Sozialwohnungen sei eine Wohnberechtigungsbescheinigung, die in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße und dem Haushalts-Bruttoeinkommen erteilt werde.

So sei z. B. ein 4-Personen-Haushalt mit einem Jahresbruttoeinkommen von bis zu rd. 51.000 € für eine Sozialwohnung Nutzungsberechtigt.

Herr Moss führt weiter aus, dass neben den frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen jeweils 5 % der entstehenden Wohneinheiten für Wohngruppen und für Behinderte zweckgebunden werden sollen.

An Hand einer Präsentation verdeutlicht er sodann die individuelle Fassadengestaltung der Baukörper und die von Fußwegen durchzogenen Freiräume.

Zudem solle ein Kindergarten in das Wohngebiet integriert werden.

Herr Moss betont die hohe städtebauliche Qualität der Planung.

Im Hinblick auf den akut hohen Wohnraumbedarf sei das mit rd. 280 Wohneinheiten geplante Baukonzept nicht bereits im Vorfeld mit der Politik abgestimmt worden, zumal sich die von der Bezirksvertretung gewünschte Obergrenze von ca. 90 Wohneinheiten durch die aktuelle Planung verdreifachen werde.

Das Konzept des Projektentwicklers sehe im Übrigen viele kleine Wohneinheiten vor, damit Einsteiger finanziell nicht überfordert würden. So würden z. B. 2-Raum-Wohnungen nur Wohnungsgrößen von ca. 50 m<sup>2</sup> aufweisen.

Herr Moss bittet die Bezirksvertretung um Zustimmung zu der vorgestellten Planung.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay bewertet rd. 280 Wohneinheiten als problematisch, da das Gebiet bereits sozial belastet sei. Er befürchtet eine Verschlechterung der Situation.

Gleichwohl erkenne die SPD-Fraktion den hohen Bedarf durch akuten Wohnungsmangel und zusätzlich die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen an.

Wichtig sei eine sozial verträgliche Belegung.

Unter Zurückstellung erheblicher Bedenken würde sich die SPD-Fraktion einem Kompromiss nicht verschließen.

Herr Moss betont, dass das Konzept keine Flüchtlingsunterkünfte beinhalte.

Die Teilerfolge durch den realisierten Stadtumbau West dürften durch das neue Wohnkonzept nicht zerstört werden.

Die künftige Mieter-/Eigentümerstruktur solle Stabilität bringen. Zielgruppe seien überwiegend junge Menschen in 1- bis 2-Personen-Haushalten als Einsteiger.

Fraktionsvorsitzender Thole knüpft an eine Zustimmung der CDU-Fraktion die folgenden Bedingungen:

- Der erklärte Anteil von max. 25 % öffentlich gefördertem Wohnraum dürfe nicht überschritten und müsse festgeschrieben werden

und

- die Bebauung dürfe im Verhältnis zu dem ursprünglich vorgestellten Konzept (90 Wohneinheiten) nicht zu massiv werden.

Die CDU-Fraktion könne sich einer Kompromisslösung mit max. 200 bis 250 Wohneinheiten anschließen.

Herr Beigeordneter Moss erklärt, dass der Bebauungsplan keine Festlegung auf eine bestimmte Anzahl von Wohneinheiten beinhalten sollte.

Er regt eine Festsetzung der Bruttogeschossfläche an, die nach dem ursprünglichen Bebauungsplan bereits hoch gewesen sei.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole erklärt sich mit einer Festlegung der Bruttogeschossfläche einverstanden.

Wichtig sei, dass mit dem Bau geförderter und frei finanzierter Wohnungen zeitgleich begonnen werde.

Herr Moss verweist auf eine Regelungsmöglichkeit im Durchführungsvertrag.

Herr Georg (Generalbevollmächtigter der Dolphin-Gruppe) betont, dass das ursprüngliche Konzept mit 90 Wohneinheiten nicht realisierbar gewesen wäre.

Die Festsetzungen des rechtsgültigen Bebauungsplanes würden zu einer Erweiterung der „Conti-Bronx“ führen.

Das neue integrative Konzept mit frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen unter Berücksichtigung von Wohngruppen und behinderten Menschen, ausschließlich Tiefgaragenplätze und eine großzügige Gestaltung der Außenanlagen würden aus Rentabilitätsgründen die Errichtung von rd. 280 Wohneinheiten erforderlich machen.

Einen sozialen Brennpunkt würde es bei dieser Planung kaum geben können.

Eine 50 m<sup>2</sup> Eigentumswohnung für voraussichtlich ca. 135.000 € könnten sich auch ein „Busfahrer oder eine Supermarktverkäuferin“ leisten.

Bezirksbürgermeister Schäffer macht darauf aufmerksam, dass sich das Neubaugebiet zum Sieker Park öffnen müsse.

Herr Moss berichtet von einem Abstimmungsgespräch mit der RWTH Aachen, die die Planung mit Integration des Sieker Parks als städtebaulich hervorragend bezeichnet habe.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit der Festsetzung einer Bruttogeschossfläche und den vorgestellten Quoten

einverstanden. Auch die SPD-Fraktion lege Wert auf einen parallelen Baubeginn von frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohneinheiten.

*– Um 17.52 Uhr unterbricht Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. -*

Eine Mitarbeiterin der Diakonischen Stiftung Ummeln teilt mit, dass für Behinderte 24 Plätze benötigt würden. Mit dieser Anzahl werde die 5 %-Quote evtl. überschritten.

Herr Moss betont die Deckelung des geförderten Wohnraums auf 25 %. Für die Sonderwohnformen sieht er Gestaltungsmöglichkeiten.

Ein Bürger wünscht eine Definition für den Begriff „Wohngruppe“.

Herr Moss beschreibt eine Wohngruppe als freiwilligen Zusammenschluss unterschiedlicher Menschen.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Georg, dass eine in ihre Zusammensetzung feststehende Gruppe an der Planung beteiligt werden könne.

Ein Bürger verweist auf den hohen Anteil an Kleinwohnungen und auf die damit verbundene Problematik bei Familienzuwachs.

Herr Georg merkt an, dass auch 3-Raum-Wohnungen mit ca. 68 m<sup>2</sup> Wohnfläche errichtet würden.

*– Um 17.58 Uhr wird die Beratung in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. -*

Herr Beigeordneter Moss erläutert die weiteren Verfahrensschritte zur Bebauungsplanänderung.

*– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -*

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 6 \*

---

## **Zu Punkt 7**

### **Schaffung von Wohnraum für einkommensschwache Gruppen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2517/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Beigeordneter Moss (Dezernat 4) informiert über zuletzt wöchentlich ca. 200 Flüchtlinge, die der Stadt Bielefeld zur Aufnahme zugeteilt worden seien. Nach Ablauf eines bis zum 25.01.2016 befristeten Aufnahmestopps müsse weiterhin von einer Zuweisungsquote in dieser Größenordnung ausgegangen werden.

Bereits erfolgte Beschlagnahmen von Sporthallen seien keine Dauerlösung. Die Unterbringung in ungenutzten Gewerbebauten sei endlich und momentan fast ausgeschöpft.

Gewerbegrundstücke für Containeranlagen wären mit momentan 360 Personen in 4 Anlagen ebenfalls ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

Auf dem freien Wohnungsmarkt gebe es kaum noch Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen.

Somit werde dringend neuer Wohnraum benötigt, der bei der genannten Einschätzung der Zahl der Zuwandernden bei dem derzeitigen Wohnungsbestand bedeute, dass rd. 1.500 Wohneinheiten in „Wohnqualität“ in den nächsten 5 Jahren zu schaffen seien. Da für einkommensschwache Personen in Bielefeld insgesamt zu wenige Wohnungsangebote bestehen würden, müsse der soziale Wohnungsbau intensiviert werden.

Unter Berücksichtigung der in der Beschlussvorlage aufgelisteten Maßgaben habe die Verwaltung im Stadtgebiet 10 Flächen identifiziert, die gemäß Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 01.12.2015 zur Bebauung weiter verfolgt werden sollen.

Für jede Fläche würden individuelle Baukonzepte von verschiedenen Architekten entwickelt.

Nach erster Einschätzung könnten die kurzfristig verfügbaren Flächen zu einem Neubauvolumen von ca. 170 Wohneinheiten führen.

Im Stadtbezirk Stieghorst stehe eine Fläche an der Walter-Werning-Straße zwischen Nrn. 39 a und 47 zur Verfügung.

Erste Entwürfe könnten der Bezirksvertretung in der Sitzung am 18.02.2016 vorgestellt werden.

Herr Moss bittet die Bezirksvertretung um Zustimmung.

SDP-Fraktionsvorsitzender Akay verweist auf die der Beschlussvorlage beigefügte Matrix mit folgenden Problembeschreibungen zur Fläche an der Walter-Werning-Straße:

- gefährlicher Schulweg,
- unter 80 % Versorgungsquote mit Kita-Plätzen in Hillegossen,
- keine ÖPNV-Anbindung zum Zentralen Versorgungsbereich Einzelhandel,
- für Wohnen schlechte Umweltbedingungen.

Herr Beigeordneter Moss macht darauf aufmerksam, dass keine identifizierte Fläche 100%ig optimal sei und deshalb Kompromisse erforderlich wären.



Die aufgezeigten Defizite müsse die Stadt parallel beseitigen.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) verweist auf den 2. Satz auf Seite 3 der Beschlussvorlage mit folgendem Wortlaut:

„Einschränkungen hinsichtlich umweltrechtlicher Belange oder bestehender rechtlicher Beziehungen werden beachtet bzw. sind in verantwortbarer Zeit regelbar.“

Er möchte wissen, ob sich die Einschränkungen auf rechtliche Vorgaben beziehen und deren Regelbarkeit z. B. auf Ausnahmegenehmigungen für eine Schlichtbauweise abziele. Dies würde eine Bevorzugung gegenüber privaten Bauherren bedeuten.

Herr Moss erläutert, dass es für die 10 Flächen im Stadtgebiet Planungsrecht gebe.

Einschränkungen hinsichtlich umweltrechtlicher Belange würden z. B. im Zusammenhang mit dem erforderlichen Abriss von Bestandsbauten beachtet. Lediglich das Verfahren bis zur Abbruchgenehmigung solle verkürzt werden. Die Beachtung bzw. Regelung rechtlicher Beziehungen beziehe sich auf das Nachbarrecht.

Sodann ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst empfiehlt die Weiterverfolgung der geplanten Bebauung von Wohnraum für Flüchtlinge am Standort Walter-Werning-Straße zwischen Nrn. 39 a und 47 gemäß Anlagen 1 und 2 zur Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 2517/2014-2020).**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 7 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 8**

### **Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten an städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2016/17**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2428/2014-2020

Herr Skarabis verweist auf die zum Vorjahr unveränderte Anzahl der Eingangsklassen an den städtischen Grundschulen im Stadtbezirk Stieghorst. Lediglich an der Grundschule Ubbedissen würden 77 Anmeldungen die Aufnahmekapazität von 75 Schülerinnen und Schülern geringfügig

überschreiten.

Diese 77 Anmeldungen würden jedoch 10 Anmeldungen aus anderen Schuleinzugsbereichen beinhalten, so dass den 67 Anmeldungen aus dem eigenen Einzugsbereich der Grundschule Ubbedissen voll entsprochen werden könne.

Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) äußert sich verwundert über die identischen Anmeldezahlen in den Rubriken „Deutsch“ und „Deutsch/Migration“ für die Grundschule Ubbedissen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay hinterfragt die Differenzierung der Anmeldungen nach „Deutsch, Deutsch/Migration, ausländisch“.

Herr Skarabis erläutert, dass die Einordnung in die Rubrik „Deutsch/Migration“ die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes bei gleichzeitig einer anderen Staatsangehörigkeit von mindestens einem Elternteil voraussetze. Kinder ohne deutsche Staatsangehörigkeit seien der Rubrik „ausländisch“ zugeordnet.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

1. **Gem. § 46 Abs. 3 S. 3 SchulG NRW wird an Grundschulen, an denen auch Auffang- und Vorbereitungsklassen (AVK) geführt werden, die Zahl der Kinder in den Eingangsklassen auf 25 Schülerinnen und Schüler begrenzt.**
2. **Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2016/17 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Spalten 15 und 16 der Anlage 1 f e s t g e l e g t .**
3. **Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören.**
4. **Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 8 \*

-.-.-

Zu Punkt 9

**2. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011**  
**- Sondernutzungsgebühr für provisorische Gehwegüberfahrten durch Baufahrzeuge im Rahmen von Hochbaumaßnahmen -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2476/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

Die Bezirksvertretung Stieghorst empfiehlt dem Rat der Stadt, die als Anlage zur Drucksachen-Nr. 2476/2014-2020 beigefügte 2. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 9 \*

-.-.-

Zu Punkt 10

**Wirtschaftsplan 2016 des Immobilienservicebetriebes;**  
**bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Stieghorst**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2496/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Skarabis erläutert die gem. Anlage zur Beschlussvorlage geplanten Baumaßnahmen des ISB im Wirtschaftsjahr 2016.

Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) berichtet über eine Information der Leiterin der Kindertageseinrichtung Lämershagen, wonach die erhöhten Spielebenen Probleme bereiten würden. Bereits vor einem Jahr seien diese teilweise stillgelegt worden.

Sie hinterfragt die Ursachen und die geplanten Maßnahmen.

Herr Skarabis sagt eine Klärung und Information durch den Immobilienservicebetrieb und das Jugendamt zu.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole äußert sich positiv zum geplanten Investitionsvolumen von rd. 2 Mio. Euro für den Stadtbezirk Stieghorst.

Sodann ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Baumaßnahmen gem. Anlage zur Beschlussvorlage (Drucksachen-Nr. 2496/2014-2020) zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB / dem Rat der Stadt Bielefeld, diese im Wirtschaftsplan 2016 zu veranschlagen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 10 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 11**

### **Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016**

### **Beratung des Bezirksbudgets für den Stadtbezirk Stieghorst**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2483/2014-2020

Herr Skarabis verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung nebst Anlagen.

Im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung erläutert er die Anlagen wie folgt:

Die Anlage 1 sei ein Auszug aus dem Haushaltsplanentwurf.

Die Anlage 2 weise die nach Entscheidungs- und Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung differenzierten bezirklichen Ansätze der Schulen aus.

Die Betriebs- und Geschäftsausgaben (BGA) für die Grundschulen seien mit 830 € unverändert geblieben.

Die Ansätze mit Mitwirkungsbefugnis würden die Aufwendungen für Sachleistungen sowie die Verrechnungen mit dem Amt für Personal-, Organisation und Zentrale Leistungen (110.4) beinhalten.

Mitglied Frau Abendroth (SPD-Fraktion) hinterfragt die Erhöhung um 5.064 € bei

der Stieghorstschule.

Herr Skarabis teilt mit, dass es sich hierbei um einen Integrationszuschlag handele, da die Stieghorstschule seit dem Schuljahr 2015/2016 als Integrationsschule den gemeinsamen Unterricht gem. § 20 des Schulgesetzes durchführe (Beschluss der Bezirksvertretung Stieghorst vom 15.01.2015).

Die Anlage 3 beinhalte die folgenden Ansätze mit Entscheidungsbefugnis:

- 8.300 € Betriebskostenzuschuss für den Gemeinschaftshaus Lämershagen e.V.
- 1.084 € Repräsentationsmittel des Bezirksbürgermeisters
- 8.685 € bezirkliche Sondermittel
- 1.931 € bezirkliche Kulturmittel
- 1.929 € für Sporthallen und Sportplätze im Stadtbezirk
- 542.809 € für die Unterhaltung des öffentlichen Grüns.

Zu dem Ansatz für die Unterhaltung des öffentlichen Grüns teilt Herr Skarabis ergänzend mit, dass darin ein Teilbetrag in Höhe von 4.265 € sog. „Kleiner Grünmittel“ enthalten sei, über den die Bezirksvertretung jährlich durch separate Beschlussfassung verfüge.

Außerdem beinhalte der Ansatz eine 1 %ige Erhöhung.

Fraktionsvorsitzender Akay kündigt für die SPD-Fraktion einen Antrag auf Umverteilung der „Kleinen Grünmittel“ zu den bezirklichen Sondermitteln an.

Die Anlage 4 beinhalte als entscheidungsbefugtem Investivansatz nochmals die vom Sportamt bewirtschafteten Betriebs- und Geschäftsausgaben in Höhe von 1.929 €, die mit dem konsumtiven Ansatz gem. Anlage 3 korrespondieren würden.

In die Finanzplanung 2018 seien 450.000 € für die von der Bezirksvertretung als Neubaumaßnahme priorisierte Dingerdisser Straße eingestellt worden.

Die Finanzplanung 2017 beinhalte 500.000 € für die Oerlinghauser Straße. Es handele sich um eine Grobschätzung für die Straße und den Kreisverkehr.

Die Anlage 5 beinhalte konsumtive Ansätze mit Mitwirkungsbefugnis.

Zu den Aufwendungen für Personal- und Sachkosten erläutert Herr Skarabis, dass die Friedhofsverwaltung vom Bezirksamt Heepen zum Umweltbetrieb verlagert worden sei. Dadurch seien im Bezirksamt Stellenanteile entfallen. Die unveränderten Aufwendungen für Mietzahlungen ISB, IBB etc. müssten nunmehr die anderen Produkte anteilig stärker belasten. Diese Umstellung sei vom Amt für Finanzen und Beteiligungen noch nicht nachvollzogen worden.

Sodann benennt er beispielhaft die Ansätze für

- Personalaufwendungen,
- anteilige Mietkosten für das Gemeinschaftshaus Lämershagen in Höhe von 24.426 € jährlich,
- schulische Betriebs- und Geschäftsausgaben sowie Sachausgaben, korrespondierend mit Anlage 2

- sowie
- Kosten und Erträge für die städtischen Kindertageseinrichtungen.

Zu dem Ansatz 2016 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ für die Kindertageseinrichtung Lämershagen in Höhe von 59.667 € teilt Herr Skarabis ergänzend mit, dass dieser Ansatz versehentlich 17.203 € Wertverbesserungszuschlag beinhalte. Dieser müsse jedoch nicht bezahlt werden, weil die Mittel für die Sanierung der Kindertageseinrichtung Lämershagen und die Versicherungsleistungen durch Zuschüsse des Jugendamtes, des Landesjugendamtes und der Versicherung zu 100 % refinanziert worden seien.

Der Ansatz 2016 betrage somit 42.464 €.

Die Anlage 6 weise für 2016 die folgenden Investivmaßnahmen mit Mitwirkungsbefugnis aus:

410 € vom Sportamt bewirtschaftete Betriebs- und Geschäftsausgaben, die mit dem konsumtiven Ansatz gem. Anlage 5 korrespondieren,

197.800 € Straßenbaukosten für den Umbau des Knotenpunktes Detmolder Straße / Otto-Brenner-Straße / Osningstraße.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole hinterfragt die weiteren rd. 200.000 € für die Anpassung der Lichtsignalanlage in diesem Kreuzungsbereich. Nach seiner Ansicht gehöre eine Lichtsignalanlage zum Straßenbau.

Er bittet um Aufklärung über den Budgetansatz für die Lichtsignalanlage.

Hiervon unabhängig werde die CDU-Fraktion der Maßnahme und somit dem Ansatz ohnehin nicht zustimmen.

Herr Skarabis erläutert sodann die Anlage 7 mit den Investitionsmaßnahmen 2016 des Umweltbetriebes.

Für eine Wegesanierung und einem Zaun auf dem Friedhof Sieker seien 48.000 € vorgesehen.

Der Ansatz 2016 der Stadtentwässerung beziehe sich mit 250.000 € auf die Kanalbaumaßnahme Allensteiner Straße, die sukzessive nach Bauvorschrift der Baugenossenschaft Freie Scholle eG durchgeführt werde.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole macht auf die für das Jahr 2018 vorgesehenen 550.000 € zur Erschließung des Gewerbegebietes Ubbedissen (östlich Bollstraße) aufmerksam.

Nach seiner Kenntnis sei der Kanal bis Getränke Wüllner im Jahr 2015 fertiggestellt worden.

Herr Skarabis sagt eine Klärung durch den Umweltbetrieb zu.

Über den angekündigten Antrag der SPD-Fraktion ergeht sodann folgender

## B e s c h l u s s:

Aus dem Haushaltsansatz 2016 der Produktgruppe 11.13.16 (bezirkliches Grün Stieghorst) wird ein Teilbetrag in Höhe von 4.265 € („Kleine Grünmittel“) zur Produktgruppe 11.01.89 (Stadtbezirksmanagement Stieghorst) zur Erhöhung der bezirklichen Sondermittel umverteilt.

- einstimmig beschlossen -

Unter Berücksichtigung des vorstehenden Beschlusses empfiehlt die Bezirksvertretung Stieghorst dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2016 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen  
11.01.89 Stadtbezirksmanagement Stieghorst  
(Haushaltsplanentwurf 2016 Band II, Seiten 293-294)  
11.01.99 Bezirksvertretung Stieghorst  
(Haushaltsplanentwurf 2016 Band II, Seiten 344-345)  
11.13.16 Bezirkliches Grün Stadtbezirk Stieghorst  
(Haushaltsplanentwurf 2016 Band II, Seiten 1450-1451)  
wird zugestimmt.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

2. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppen  
11.01.89 im Jahre 2016 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 58 €  
und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 53.294 €  
(Haushaltsplanentwurf 2016 Band II, Seiten 296-297)  
11.01.99 im Jahre 2016 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 482 €  
und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 89.213 €  
(Haushaltsplanentwurf 2016 Band II, Seiten 347-348)  
11.13.16 im Jahre 2016 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 €  
und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 542.809 €  
(Haushaltsplanentwurf 2016 Band II, Seiten 1453-1454)  
wird - unter Berücksichtigung des Beschlusses zur Umverteilung der  
„Kleinen Grünmittel“ zu den bezirklichen Sondermitteln - zugestimmt.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppe  
11.01.89 für den Haushaltsplan 2016 wird zugestimmt  
(Band II, Seite 298).

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

4. Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben  
- Bezirkshaushalt (Band II, Seiten 1635-1642) - wird bezogen auf

- die ordentlichen Erträge mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Stieghorst
- die ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Stieghorst
- die Einzahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Stieghorst
- die Auszahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Stieghorst
- die ordentlichen Erträge mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Stieghorst
- die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Stieghorst

unter Berücksichtigung der beigefügten Veränderungsliste  
zugestimmt.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

Gemäß vorheriger Ankündigung lehnt die CDU-Fraktion den Umbau des Knotenpunktes Detmolder Straße / Otto-Brenner-Straße / Osningstraße und mithin die Budgetansätze 2016 ab.

Dies berücksichtigt ergeht folgender weiterer

### B e s c h l u s s:

Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben wird bezogen auf

- die Einzahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Stieghorst
- die Auszahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung



## **Stieghorst**

**zugestimmt.**

Dafür: 9 Stimmen

Dagegen: 8 Stimmen

Enthaltungen: -

- mithin beschlossen -

**5. Den Planungen des Umweltbetriebes in Bezug auf die für den Stadtbezirk Stieghorst in den Jahren 2016 ff vorgesehenen Investitionsmaßnahmen wird zugestimmt.**

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 11 \*

---

## **Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Sitzung liegen keine Informationspunkte vor.

\* BV Stieghorst - 14.01.2016 - öffentlich - TOP 12 \*

---